

Wolfram-Engels-Preis 2002

Mensch und Markt



Dokumentation

Preisverleihung am
23. Mai 2003

Preisträger:
Tommy G. Thompson

© 2003 Stiftung Marktwirtschaft
Charlottenstraße 60
10117 Berlin

Redaktion und Realisation:
Stiftung Marktwirtschaft
Fotos: Wolfgang Hilse, Berlin
Gestaltung und Druck:
S. Dahlem, Bloch & Co. GmbH

Wolfram-Engels-Preis 2002
Mensch und Markt

Preisträger:
Tommy G. Thompson





Der Wolfram-Engels-Preis ist ein gemeinsamer Preis der Stiftung Marktwirtschaft und der informedia-Stiftung – Gemeinnützige Stiftung für Gesellschaftswissenschaften und Publizistik, Köln.

Mit dem Preis werden Persönlichkeiten aus dem unternehmerischen, wissenschaftlichen oder politischen Bereich ausgezeichnet, die mit ihren Arbeiten, Vorschlägen und Maßnahmen einen eigenständigen, in die Zukunft weisenden Beitrag zur Festigung und Weiterentwicklung unserer freiheitlichen, auf Markt und Menschenwürde gestützten Gesellschaftsordnung leisten. Der Wolfram-Engels-Preis wurde erstmals 1998 verliehen.

Der Jury für die Auswahl des Preisträgers 2002 gehörten an:

Prof. Dr. h.c. mult. Roland Berger, München
(Vorsitzender)

Prof. Dr. Norbert Berthold, Würzburg

Prof. Dr. Johann Eekhoff, Köln

Heike Göbel, Frankfurt

Dr. Rainer Hildmann, München

Marietta Kurm-Engels, Bad Homburg

Nikolaus Piper, München

Dr. Helmut Reitze, Frankfurt

Prof. Dr. Theo Siegert, Duisburg

	Inhalt
11	Wolfram Engels Hilfsarbeiter–Arbeitslosigkeit Zum Strukturproblem des Arbeitsmarktes
13	Begrüßung Prof. Dr. Theo Siegert Vorsitzender des Stiftungsrates der Stiftung Marktwirtschaft
21	Laudatio Roland Koch Ministerpräsident des Landes Hessen
28	Preisübergabe Prof. Dr. h.c. mult. Roland Berger Vorsitzender der Jury
33	Dank des Preisträgers Tommy G. Thompson US-Gesundheitsminister
41	Schlußwort Dr. Rainer Hildmann Kuratoriumsvorsitzender der informedia-Stiftung
44	Impressionen Bilder vom Festakt in der DZ-Bank am Pariser Platz, Brandenburger Tor
50	Die Preisträger 1998, 1999 und 2000

Wolfram Engels 1933 - 1995



Hilfsarbeiter–Arbeitslosigkeit

Zum Strukturproblem des Arbeitsmarktes

von Wolfram Engels

Auch wenn immer wieder das Gegenteil behauptet wird: Rationalisierung vernichtet keine Arbeitsplätze. In den fünfziger Jahren lag das Rationalisierungstempo in Deutschland viermal so hoch wie in den Neunzigern. Es wurden damals über vier Millionen Arbeitsplätze neu geschaffen. In den neunziger Jahren dagegen gingen in ganz Deutschland vier Millionen Arbeitsplätze verloren. Das Land mit dem schnellsten Produktivitätsfortschritt seit dem Zweiten Weltkrieg, Japan, hat die Zahl der Beschäftigten seit 1960 verdoppelt. In Europa mit seinem gemächlicheren Tempo waren es in diesem Zeitraum rund 20 Prozent.

Rationalisierung wirkt sich allerdings auf die Struktur der Nachfrage nach Arbeitskräften aus. Je einfacher eine Arbeit ist, desto leichter kann der Mensch durch eine Maschine ersetzt werden. Die öden und stumpfsinnigen Arbeiten, bei denen ein Arbeiter im Minutenabstand immer dieselben Handgriffe verrichten muß, sind schon weitgehend verschwunden, und der Rest verschwindet auch noch. Der Computer macht auch den Ersatz qualifizierter Arbeit möglich: Buchhalter, Kalkulatoren, Zeichner und andere mehr. Die kreativen, dispositiven und leitenden Arbeiten dagegen lassen sich nicht durch Maschinen ersetzen. Entsprechend geht der Bedarf an wenig qualifizierten Kräften zurück und steigt die Nachfrage nach qualifizierter Arbeit.

Es kommt hinzu, daß Waren, deren Herstellung ein-

fach ist, zunehmend aus Niedriglohnländern billiger importiert werden können. Vor dieser Herausforderung stehen alle Industrieländer, und sie haben darauf verschiedene Antworten gefunden. In Amerika kam es zu einer starken Lohnspreizung. Im Ergebnis hat die Kaufkraft der unteren Lohngruppen im letzten Jahrzehnt abgenommen, während Qualifizierte deutlich mehr verdienen. Dafür gibt es nur eine geringe Arbeitslosigkeit gering Qualifizierter. In Europa wollte man diese Zunahme der Ungleichheit nicht hinnehmen. Die Löhne wurden künstlich nivelliert, teils durch die Tarifpolitik, teils durch staatliche Mindestlohngebote.

Das Ergebnis ist in fast ganz Europa eine hohe und weiter steigende Sockelarbeitslosigkeit und ein rapides Anschwellen der Zahl an Sozialhilfeempfängern. Im Jahre 1981 waren das in der Bundesrepublik noch rund zwei Millionen; 1992 alleine in den alten Bundesländern rund vier Millionen, und heute dürfte die Marke von 4,5 Millionen überschritten sein. Der weitere Anstieg ist programmiert: Die Arbeitslosen der Rezession von 1993 beziehen heute Arbeitslosengeld, dann Arbeitslosenhilfe und schließlich Sozialhilfe.

Zu solchen Ergebnissen kommt es stets, wenn man versucht, bestimmte Verteilungsergebnisse über Marktpreise zu erreichen. Im Parallellfall der neuen Bundesländer ist die Industrie zusammengebrochen, weil Löhne vereinbart wurden, die mit den

*Kommentar von Wolfgang Engels
aus der „Wirtschaftswoche“
Nr. 47/17.11.1994, S. 178*

Anlagen und den Produkten dieser Unternehmen nicht zu erwirtschaften waren. Das bedeutet: Wenn man aus gesellschaftspolitischen Gründen ein Marktergebnis für nicht akzeptabel hält, dann kann man es nicht dadurch korrigieren, daß man Marktpreise oder Marktlöhne manipuliert, sondern nur durch Besteuerung oder Transferleistungen.

Das Instrument, mit dem das geleistet werden könnte, ist die sogenannte Bürgersteuer. Das ist die schlichte Idee, Steuern und Sozialleistungen in ein einheitliches System zu bringen. Wenn ein Sozialhilfeempfänger heute etwas hinzuverdient, dann wird dieser Lohn (nahezu) voll auf die Sozialhilfe angerechnet. Der Grenzsteuersatz liegt also ausgerechnet bei den Allerärmsten bei (fast) 100 Prozent.

Die Sozialhilfe wird zur Falle: Wer einmal drinsteckt, kommt nur schwer wieder heraus. Umgekehrt können die Tarifpartner die unteren Lohngruppen nicht auf das Niveau absenken, das notwendig wäre, um auch einfache Arbeit noch rentabel einzusetzen. Dann wird es für diese Arbeiter zu verlockend, in die Sozialhilfe abzuwandern und nebenbei ein wenig schwarzzuarbeiten.

Bei der Bürgersteuer dagegen würde ein zusätzliches Arbeitseinkommen nur zum Teil auf die Sozialhilfe – hier Bürgergeld genannt – angerechnet, und umgekehrt schlägt bei niedrigem Arbeitseinkommen die Steuerpflicht in einen Unterstützungsan-

spruch um („Negativsteuer“). Die unteren Lohngruppen müßten also nicht wie heute Steuern zahlen; sie hätten vielmehr einen Bürgergeldanspruch gegen das Finanzamt. Das bedeutet, daß man die Löhne, wie in Amerika, dem Markt überlassen könnte. Es käme dann zu Lohnspreizung und geringerer Arbeitslosigkeit. Die unerwünschte Folge, nämlich hohe soziale Ungerechtigkeit, träte jedoch nicht auf. Sie wird von der Bürgersteuer kompensiert. Gleichzeitig ist garantiert, daß das Lohnabstandsgebot stets eingehalten wird. Wer arbeitet, hat immer ein höheres Nettoeinkommen als der Sozialhilfeempfänger.

Merkwürdigerweise wehrt sich der Bundesfinanzminister mit Händen, Füßen und unsinnigen Schätzungen des Steuerausfalls gegen diese Lösung. Der einfache Bundestagsabgeordnete, der solche Rechnungen nicht nachvollziehen kann, schrickt natürlich zurück. Derzeit gibt es zwei seriöse Schätzungen der Fiskalwirkungen bestimmter Modelle der Bürgersteuer. Die ältere stammt von Michael Hüther. Er kommt zu einem erheblichen Steuermehraufkommen. Eine neuere hat Joachim Mitschke angestellt, ebenfalls mit Mehreinnahmen für den Staat (rund acht Milliarden Mark).

Den Bundesfinanzminister wird das kaum beeindrucken. Die Entlastung bei der Sozialhilfe kommt nämlich den Gemeinden zugute, während der Saldo in der Bundeskasse negativ wäre.

**Begrüßung
Prof. Dr. Theo Siegart**



Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich freue mich über die Resonanz, die die diesjährige Verleihung des Wolfram-Engels-Preises gefunden hat, und begrüße Sie sehr herzlich als Vorsitzender des Stiftungsrates der Stiftung Marktwirtschaft:

Secretary Tommy Thompson
Ambassador Coats
Ambassador O'Huiginn
Herr Ministerpräsident Koch
Frau Staatsministerin Lautenschläger
meine Damen und Herren Abgeordnete.

Mein erster Dank gilt Herrn Dr. Brixner, dem Vorstandsvorsitzenden der DZ-Bank und Hausherrn dieses wunderbaren Gehry-Gebäudes. Wir betrachten es als gutes Symbol, daß die Wolfram-Engels-Preisverleihung im Raum dieses herausragenden amerikanischen Architekten so nah am Brandenburger Tor stattfinden kann.

Ein herzliches Willkommen gilt den Mitgliedern der Jury unter Vorsitz von Professor Roland Berger, und hier insbesondere Frau Kurm-Engels, der Witwe von Wolfram Engels.

Ein besonderes und herzliches Willkommen aber gilt den Hauptpersonen des heutigen Abends, dem Ministerpräsidenten Roland Koch, der gleich die

Laudatio halten wird, aber allen voran natürlich Ihnen, Secretary Thompson.

Sie haben unsere Einladung zur Preisverleihung zu einem Zeitpunkt angenommen, als es uns allen auch um eine besondere Geste im deutsch-amerikanischen Verhältnis ging. Ich wüßte keinen Ort, an dem das Spezifische dieser Wertegemeinschaft sichtbarer gemacht werden könnte als hier in Berlin.

Meine Damen und Herren, in Amerika beginnt man Reden im allgemeinen mit einem Witz, in Deutschland dagegen mit einer Definition. Zuerst leider die Definition:

Wofür steht die Stiftung Marktwirtschaft? Natürlich für die Anwendung marktwirtschaftlicher, d. h. wettbewerblicher Prinzipien. Wir arbeiten in der Stiftung Marktwirtschaft im Themen-Kanon Freiheit, Wettbewerb und Verantwortung.

Freiheit als Grundlage jeglicher Condition
Humaine,

Wettbewerb, weil es im Sinne Hayeks das effizienteste Entdeckungsverfahren zur Mehrung des Volkswohlstandes ist,

Verantwortung, weil Freiheit und Wettbewerb das moralische Fundament brauchen.

Der wissenschaftliche Beirat der Stiftung Marktwirtschaft ist der vielen von Ihnen bekannte Kronberger Kreis, der 1982 gegründet wurde. Der Kronberger Kreis hat seine Reputation dadurch erworben, daß er immer wieder die Überlegenheit marktwirtschaftlicher Ordnungsprinzipien in unterschiedlichen Bereichen wirtschaftspolitischen Handelns nachgewiesen hat. Ich zitiere:

„Wenn das System der sozialen Sicherung in den nächsten Jahren nicht gründlich reformiert wird, dann bricht es in absehbarer Zeit zusammen: Das System der Alterssicherung gerät durch die Zunahme des Rentneranteils an der Bevölkerung in den kommenden Jahrzehnten zunehmend unter Druck. Die Kosten des Gesundheitswesens steigen ohnehin zu schnell. Der Alterungsprozeß der Bevölkerung wird diese Ausgabensteigerung noch beschleunigen. Die finanziellen Lasten der Altenpflege wachsen rasch an. Für die öffentlichen Haushalte zeichnet sich eine schwere Finanzklemme ab, da die Kosten der Sozialhilfe steigen und die Zahl der aktiven, die Hauptsteuerlast tragenden Bürger ab-, die Zahl der kaum steuerzahlenden Rentner zunimmt. Überdies muß auch der Staat bei seinen eigenen Bediensteten mit wachsenden Altersversorgungslasten rechnen. Gleichzeitig haben die Wachstumsraten abgenommen und ist die Produktivität immer langsamer gestiegen.“

So aktuell diese Diagnose klingt, geschrieben wurde sie vor 15 Jahren, zu der Zeit, als Wolfram Engels noch Mitglied des Kronberger Kreises war, nämlich im August 1988.

Wolfram Engels wollte mit der Gründung des Kronberger Kreises klarmachen, daß Ökonomen und Hochschullehrer eine gesellschaftspolitische Verantwortung haben, in schwierigen Zeiten nicht im Elfenbeinturm sitzen bleiben dürfen und aus unabhängiger Position heraus Farbe bekennen müssen.

Dieses Konzept einer Denkfabrik mit Breitenwirkung hat Wolfram Engels mit Energie umgesetzt. Deshalb haben wir ihm zu Ehren den Wolfram-Engels-Preis ins Leben gerufen. Breitenwirkung hat auch die Veranstaltung der Stiftung Marktwirtschaft und des Kronberger Kreises zum Thema „Eigenverantwortung und Wettbewerb im Gesundheitswesen“ unter Leitung von Dr. Gerken vor zwei Tagen in Berlin gehabt.

Von den vielen Studien, die der Kronberger Kreis publiziert hat, ragt eine in der Affinität zu unserem heutigen Thema hervor: „Arbeitslosigkeit – woher sie kommt und wie man sie beheben kann“ (1984 geschrieben unter Federführung von Wolfram Engels).

Das Thema Arbeitslosigkeit erinnert mich – als Ersatz für den angekündigten Witz – an jene wunder-

same Karikatur, die einen Bettler an der Straßenecke zeigt mit einem Schild, auf dem zu lesen ist: „Jubiläum – 20 Jahre an derselben Ecke“.

Dies scheint eine treffende Situationsdiagnose europäischer Befindlichkeit zu sein. Sie werden verstehen, daß die Jury gerade aus dieser Perspektive heraus einen Preisträger auszeichnen wollte, der die moralische Herausforderung der Arbeitslosigkeit nicht nur gesehen, sondern ein tragfähiges Lösungskonzept umgesetzt hat:

compassionate action.

Secretary Thompson hat es mit „Wisconsin Works“ geschafft, aus der Erkenntnis der Würdelosigkeit dieser Situation heraus Arbeitslosigkeit nachhaltig zu vermindern.

Secretary Thompson, in your testimony: You spent your career in bringing people together, plotting a course of action and – moving forward. Das ist das Motto des Staates Wisconsin.

In Europa scheinen wir alle zu wissen, daß etwas geschehen muß, nur keiner weiß, was zu tun ist. Aber für jeden, der nicht nur weiß, was zu tun ist, sondern es auch umsetzt, sollte es einen Wolfram-Engels-Preis geben. Mit Ihren Worten:

„A person of compassion is one of action, not words.“

Lassen sie mich diesen Gedanken einbetten in zwei große Entwürfe des ausgehenden 18. Jahrhunderts, nämlich die Declaration of Independence von 1776 und den Entwurf zum ewigen Frieden von Kant (1795). Die Declaration of Independence beschreibt die individuellen unveräußerbaren Menschenrechte: life, liberty and the pursuit of happiness.

Kant ergänzt die individuellen Rechte um die Entdeckung der Welt als Rechtsraum. Staaten sind für ihn Inseln der Sicherheit in einem Ozean der Gesetzlosigkeit. Und sein Entwurf einer völkerrechtlichen Friedensordnung geht von dem Gedanken aus, „daß die Rechtsverletzung an einem Platz der Erde an allen gefühlt wird“. „Das Recht dem Menschen muß heilig gehalten werden, der herrschenden Gewalt mag es auch noch so große Aufopferung kosten.“ Und konsequent fährt Kant fort:

„Ich kann mir zwar einen moralischen Politiker, d.h. einen, der die Prinzipien der Staatsklugheit so nimmt, daß sie mit der Moral zusammen bestehen können, aber nicht einen politischen Moralisten denken, der sich eine Moral so schmiedet, wie es der Vorteil des Staatsmanns sich zuträglich findet.“

Ich denke, in diesem Kantschen Sinne der Verantwortung als moralischem Fundament hat die Jury einen moralischen Politiker ausgewählt. Jemanden, der weiß, daß nicht nur etwas geschehen muß,

sondern auch weiß, was zu tun ist und es darüber hinaus auch in seinem Staat Wisconsin erfolgreich umgesetzt hat.

Lassen Sie mich von diesem kurzen Ausflug in den deutschen Idealismus zurückkommen in die Gegenwart. Wir danken Ihnen allen herzlich für die ideelle Unterstützung unserer Sache, die Sie mit Ihrer Anwesenheit heute bekunden. Wir danken Ihnen für Ihr Interesse an innovativen Lösungen, die in einer Marktwirtschaft notwendig und erforderlich sind. Wir danken allen, die helfen, pragmatische Schritte zu tun, die handeln und nicht nur übers Handeln reden. Mit Erich Kästner gesprochen:

„Es gibt nichts Gutes, außer man tut es.“

Die Redner des Abends







**Laudatio
Roland Koch**

Secretary Thompson, my dear friend,
Ambassador Coats,
Professor Siegert,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

es ist für mich eine große Ehre und ein Vergnügen zugleich, hier und heute die Laudatio auf Tommy Thompson, den amerikanischen Gesundheitsminister und früheren Gouverneur des Bundesstaates Wisconsin, halten zu dürfen.

In den Jahren, in denen ich mich politisch orientiert habe und in denen ich Mitglied der Jugendorganisation der Christlich Demokratischen Union war, habe ich gelegentlich am Wochenende in kleinen Hotels an Seminaren teilgenommen, in denen man uns Jüngeren erklärt hat, was soziale Marktwirtschaft ist. Einer derjenigen, die mir am meisten in Erinnerung geblieben sind und die ich häufiger hören durfte, war Wolfram Engels. Deshalb ist es für mich ebenfalls von großer Bedeutung, heute bei der Verleihung eines Preises zu sprechen, der den Namen eines Mannes trägt, der auch mich persönlich geprägt hat.

Der Wolfram-Engels-Preis wird heute einem Menschen verliehen, den ich in den letzten Jahren – mehr als normalerweise über die großen Weiten des Atlantiks möglich – kennenlernen durfte. Sein Heimatstaat Wisconsin und mein Heimatstaat, das Land Hessen, sind seit nun 27 Jahren miteinander verschwistert und viele Kontakte, die wir geknüpft

haben, waren fruchtbar und erfolgreich. Zu diesen Kontakten gehörte auch, daß nach einer meiner Reisen in Wisconsin unter Tommy Thompsons Begleitung und Führung ich auch in Deutschland die Frage gestellt habe, ob wir diesen Gedanken des „Wisconsin Works“ nicht für unsere Problemlösungen in Deutschland ein wenig stärker ins Visier nehmen sollten. Der Kerngedanke war nicht, daß man einfach nach Amerika fährt, sich dort Ideen holt, sie in Deutschland einführt und alles ist gut. Vielmehr hat jedes unserer Länder eine eigene Geschichte, eigene Probleme, eine eigene Kultur und eigene soziale Strukturen. Nichts davon ist einfach so übertragbar. Trotzdem gilt immer noch: Es gibt nichts Gutes, außer man tut es.

Den Wahlkampf, der schließlich damit endete, daß er das Amt des Gouverneurs von Wisconsin innehatte, bestritt Tommy Thompson unter anderem mit der Kernaussage, er wolle diejenigen, die von Sozialhilfe lebten, in Beschäftigungsverhältnisse zurückführen. Dies war zunächst nicht mehr und nicht weniger als ein Programmsatz.

Als ich nach einer Reihe von Jahren nach dieser Wahl nach Wisconsin kam, hatte sich nun aber die Zahl derjenigen, die, wie wir sagen würden, Sozialhilfe bezogen, nicht um zehn, nicht um zwanzig, nicht um dreißig Prozent – was wir alles in Deutschland immer schon für Erfolge halten – sondern um neunzig Prozent reduziert. Deshalb hatten wir uns die Frage zu stellen: Wie konnte es dazu kommen

und was hat das, auch heute noch, mit unserer Vorstellung von sozialer Marktwirtschaft zu tun?

Ich sage bewußt gleich zu Beginn: Wer über „Wisconsin Works“ und Tommy Thompson spricht, spricht nicht über einen Mann, der Menschen verfolgt, die sich der Arbeit entziehen und der mit harter Hand diejenigen, die das System ausnutzen, wieder in die Grenzen zurückweist. Sondern wer mit Tommy Thompson und über „Wisconsin Works“ spricht, der spricht zunächst über Programme, die jungen alleinerziehenden Müttern eine Ausbildung verschafft haben; der spricht über Programme, die Berufsausbildung mit freien Trägern und kommunalen Trägern möglich gemacht haben; der spricht über in Amerika keineswegs selbstverständliche Konzepte der Kinderbetreuung und der spricht über innovative Ideen des wieder Hineinführens in Beschäftigung, wenn Menschen den Anschluß an Beschäftigung verloren haben.

All das ist auch ein Teil der Grundvorstellung Wolfram Engels' und all derer, die über soziale Marktwirtschaft seit ihren geistigen Vätern wie Müller-Armack oder Eucken immer wieder gesprochen haben. Es muß eine Wirtschaftsordnung geben, die den einzelnen fordert – und zwar jeden im Rahmen seiner Möglichkeiten. Es gehört zu den sozialen Verpflichtungen der Wirtschaftsordnung und derer, die den Rahmen dafür zu schaffen haben, jedem die bestmögliche Förderung zu geben, so daß er seine Möglichkeiten auch wirklich nutzen kann. Bestmög-

liche Bildung in einem Land ist ein Teil der sozialen Marktwirtschaft. Eine soziale Marktwirtschaft ohne den Anspruch junger Menschen auf gute Bildung ist nicht denkbar. Hilfe im Krankheitsfall ist nicht ein Luxus, sondern eine Selbstverständlichkeit. Hilfe und Unterstützung in Zeiten der Arbeitslosigkeit sind nicht ein Luxus, sondern eine Selbstverständlichkeit. Es ist aber nicht der einzelne, der dafür zu sorgen hat, daß diese Selbstverständlichkeit auch tatsächlich selbstverständlich ist, sondern es handelt sich um eine Herausforderung, die der Staat zu bewältigen hat.

Aus diesem Grund hat am ersten Tag von „Wisconsin Works“ das Budget des Bundesstaates Wisconsin und seiner Kreise und Gemeinden nicht etwa eine Erleichterung erlangt, sondern der Gouverneur hat zunächst einmal einen Kostenanstieg verursacht, weil er die sozialen Programme zu organisieren hatte, mit denen er die Menschen konfrontierte. Nachdem diese Programme organisiert waren, kam der zweite Teil dazu, dessen Kern die folgenden Sätze formulieren: Wir sind überzeugt davon, daß jeder, der die persönliche Fähigkeit zur Arbeit hat, auch die moralische Pflicht hat, seinen Teil zur Arbeit der Gesellschaft beizutragen. Niemand hat das Recht, Förderung, Unterstützung und Angebot von Arbeit zurückzuweisen und gleichzeitig auf Unterstützung des Staates zu bestehen. Nur wenn diese Sätze Wirklichkeit geworden sind, können wir von einer marktwirtschaftlichen Ordnung sprechen, die sich auch sozial nennen darf.

Ich sage eines in aller Deutlichkeit: Wer, wie meine Kollegin Frau Sozialministerin Lautenschläger und ich, über die Übertragung des „Wisconsin-Modells“ auf unser Bundesland diskutiert, der muß wissen, daß es hierbei nicht nur um den erhobenen moralischen Zeigefinger und die Drohung des Staates mit der Entzugsmöglichkeit von finanziellen Leistungen geht. „Wisconsin-Modell“ meint zuallererst die Verpflichtung des Staates, Rahmenbedingen zu schaffen, in denen man moralisch gerechtfertigt einen gewissen Druck, im Zweifel in Form eines einfachen Gesetzesbeschlusses, ausüben kann.

Eine Infrastruktur zu schaffen, die es möglich macht, die eben beschriebenen Angebote zu schaffen, zu vermitteln und Menschen in Arbeit zu bringen, ist eine Herkulesarbeit. Ein Rückgang der Zahl der Sozialhilfe-Empfänger um neunzig Prozent war nicht möglich, indem man schlicht Gelder gestrichen hat, sondern indem man zunächst den Menschen ein Angebot gemacht hat – nicht mit einem Federstrich, sondern in individuellem Bemühen.

Ich rate jedem, der heute über eine Reform von Arbeitslosen- und Sozialhilfe in Deutschland redet, von Anfang an zur Kenntnis zu nehmen, daß der erste Tag der Umsetzung nicht der Tag der großen Geldstreichaktion ist, sondern zunächst einmal Arbeit und Investition bedeutet. Es muß eine Umgebung geschaffen werden, die ermöglicht, daß überhaupt Druck auf Menschen ausgeübt werden kann. Bildlich gesprochen, muß es eine

„Leiter der Arbeit“ geben: Wenn es mit Hilfe der staatlichen Vermittlung gelingen kann, einen Platz im ersten Arbeitsmarkt zu finden, ist das gut. Wenn wir den nicht finden, müssen wir einen Arbeitsplatz in einem staatlich unterstützten – wir nennen das zweiten – Arbeitsmarkt schaffen. Wenn es dort auch keine Möglichkeit gibt, müssen Qualifikationsmöglichkeiten geschaffen werden. Wenn auch die nicht gefunden werden, wird man gemeinnützige Arbeit erwarten müssen. Und wenn selbst hier keine Möglichkeit der Eingliederung besteht, dann wird es möglicherweise therapeutische Arbeit geben, mit Hilfe derer man Menschen wieder in den Alltag zurückholt, wenn sie eine Drogenkarriere oder ähnliches hinter sich haben. Nur eines gibt es nicht: Staatliches Geld für dauernden Aufenthalt in der eigenen Wohnung.

Das Erfolgsgeheimnis in Wisconsin war, daß jede geleistete Arbeit als ein Beitrag im System der Beschäftigung angesehen wurde. Das klingt heute sehr einfach, weil es in Amerika funktioniert. Und zwar heute eigentlich in ganz Amerika, aber auch das ist wieder nicht ganz so einfach gewesen.

Als Tommy Thompson diese Idee des „Wisconsin Works“ hatte, hatte er dafür eigentlich nicht so schrecklich viele Freunde. Die Idee gab es bereits schon einmal in Kalifornien unter dem damaligen Gouverneur Ronald Reagan. Sie scheiterte aber an der politischen Durchsetzbarkeit.

Tommy Thompson nutzte für seinen Weg der Umsetzung eine große Chance, die das amerikanische Verfassungsrecht bietet. Danach besteht mit Genehmigung der Bundesregierung die Möglichkeit, in einem Bundesstaat von einem nationalen Gesetz abzuweichen. Thompson nutzte so die letzten Monate der Regierung von George Bush, um die beginnende „Wisconsin Works“-Initiative zu ermöglichen. Er übernahm damit das volle, persönliche Risiko als Gouverneur abweichend von dem, was man auf der nationalen Ebene für richtig hielt. Als Bill Clinton ins Amt gewählt wurde, waren die Demokraten auf dem Capitol Hill entschieden gegen diese Idee. Aber die Genehmigung war erteilt, und Tommy Thompson konnte tun, was er für richtig hielt.

In den ersten vier Jahren der Clinton-Regierung war Thompson so erfolgreich, daß im Regierungsprogramm der zweiten Clinton-Regierung die Übernahme des „Wisconsin Works“ in das nationale amerikanische Recht verankert wurde. So wurde „Wisconsin Works“ mit einem Mal zu einer von beiden politischen Kräften getragenen Idee für ganz Amerika. Ohne, daß Thompson zur richtigen Zeit die Möglichkeit zur Abweichung vom nationalen Recht erhielt und über vier Jahre die Chance hatte zu beweisen, was ihm nicht zugetraut wurde, hätte es niemals Sozialreformen in den Vereinigten Staaten von Amerika gegeben, von denen Millionen von Menschen durch Beschäftigung profitiert haben.

Der Abend und die Laudatio rechtfertigen es nicht, eine lange Rede über die Details dieses Projekts zu halten. Jedoch wird selbst mit meiner vorangegangenen Schilderung nicht hinreichend deutlich, welche gigantische Leistung Thompson für sein Land erbracht hat. Und wenn ich dies so sage, komme ich von dem Projekt, das untrennbar mit ihm verbunden ist, unmittelbar zu der Person Tommy Thompson.

Mein Freund Thompson ist, und ich denke, das wird in den Vereinigten Staaten von Amerika niemand bestreiten, ein Mann von ungewöhnlicher Durchsetzungskraft. Der Staat Wisconsin ist einer der wenigen Staaten, in denen die Amtszeit der Gouverneure nicht begrenzt ist. Das war eine große Chance für Tommy Thompson. Er hat dieses Amt des Governors of Wisconsin sechzehn Jahre lang ausgeübt und deshalb verständlicherweise dieses Land in ungewöhnlicher Weise geprägt.

Dem wird eine noch höhere Bedeutung zuteil, wenn man weiß, daß Wisconsin kein klassisch republikanisches Land ist. Vielmehr ist es wohl eher ein bißchen demokratisch – jedenfalls vor Tommy Thompson und auch im Augenblick nach Tommy Thompson. Es ist ihm gelungen, mit seiner republikanischen Politik immer wiedergewählt zu werden. Selbst in der Umgebung von Milwaukee konnte er die Menschen überzeugen – wir wollen das nur leise sagen, aber Milwaukee war immer der Sitz der kommunistischen Partei in Amerika und ist, in man-

chen Teilen bis heute, sicherlich eine der Städte mit einer eher linken politischen Grundeinstellung.

Tommy Thompson kommt aus dem sehr kleinen Ort Ilroy. Er hat immer gesagt, wer die Ampel, die einzige Ampel, die wir im Dorf haben, nicht schon am Ortseingang sieht, der ist schon an ihr vorbeigefahren und aus dem Ort längst wieder heraus. Er ist der Sohn eines Tankstellenbesitzers und Gemüsehändlers, der sich ebenfalls bereits in der Region politisch engagierte und seinem Sohn Tommy den ersten Arbeitsauftrag verschaffte: Tommy verdiente sein Geld, indem er Eier putzte, bevor sie zum Verkauf angeboten wurden – eine Angelegenheit, die durchaus eine gewisse Beziehung zu „Wisconsin-Works“ erkennen läßt. Auf diese Weise ist der, den wir heute ehren wollen, von der Arbeit mit seinen eigenen Händen und den Chancen, die man in einem kleinen Ort wahrnehmen muß, um an eine Ausbildung zu gelangen und in die politische Verantwortung zu kommen, geprägt worden. Tommy wußte früh, daß es im Rahmen der Möglichkeiten, die er hatte, stets galt, mit eigener Kraft diesen Rahmen auszuschöpfen. Das ist bis heute so geblieben.

Vor gut einer Woche haben Tommy und ich uns in seinem Ministerium in Washington getroffen. Als ich ihn dort das erste Mal nach seiner Amtsübernahme sah, sagte er einen signifikanten Satz, den ich nie vergessen werde: „They never had a secretary like me“. Er hat in der Tat sehr viel Bewegung in

dieses Ministerium gebracht. Von einer seiner praktischen Ideen möchte ich Ihnen erzählen: Zu seinem Ministerium gehören eine große Zahl von selbständigen, oberen Bundesbehörden, wie wir sagen würden. Dazu gehört z.B. auch das nationale Gesundheitsinstitut. Tommy Thompson hat es sich zum Prinzip gemacht, in regelmäßigen Abständen, für eine gute Woche oder länger, die Leitung einer der jeweiligen Oberbehörden selbst zu übernehmen. Er geht heraus aus seinem Ministerium und wird Chef des NIH oder einer anderen Behörde und macht die Verwaltung eine Woche selbst. Das schlimmste an dieser Angelegenheit ist für seine Beamten, daß er mit all diesen Erfahrungen in das Ministerium zurückkommt und aus dem wirklichen Leben erzählt. Er schafft damit eine unglaubliche Bewegung: genau diese Bewegung, die in Wisconsin so erfolgreich war.

Ich glaube, Thompson spricht mit seiner Philosophie von Arbeit für diejenigen, die für Marktwirtschaft sprechen. Er sorgt dafür, daß geschaut wird, was Menschen wollen, aber er schaut auch darauf, daß das, was Menschen wollen, gemacht wird. Und er findet Wege, erfolgreiche Wege, dies dann umzusetzen. All dies macht er mit einer unendlichen Kraft, die man gelegentlich nicht vermutet. Nebenbei hat er über viele Jahre den Vorstandsvorsitz von Amtrac, der amerikanischen Eisenbahngesellschaft betrieben. Andere würden mit ihrer Märklin spielen, er hat eine Großeisenbahn quer durch Amerika betrieben und dabei sehr viel an Erneuerung

geschaffen. Wer heute zwischen Washington und New York mit dem Zug fährt, der kann das gut nachvollziehen.

Coming to the last point, I would like to say some words in English: Tommy is a very good friend of the German people. The partnership between our two states, but also the partnership between the United States of America and the Federal Republic of Germany, is based on people like him.

We have had problems in the actual political discussion between our two countries. But of course free countries can have trouble when talking about the same issue from a different point of view. Today, the base of the friendship and cooperation between our countries is a deep sense of the common values we are fighting for. It is a deep sense of the common culture heritage we have. This is an advantage for the future that we should have in mind, whatever we are discussing these days.

I would like to tell the ambassador and all of you that, in spite of all these political discussions, there are a large majority of people in this room and in the Federal Republic of Germany who do not only want a partnership, but a very, very deep friendship between our two states. I have to thank you very much, Tommy, for what you have done in the past, and you Mr. Ambassador, for what you did in the past few days and the last months, to make sure that in difficult times this friendship will continue.

When we are honoring a secretary of the United States administration, we honor one of our friends in the past and in the future. We are able to honor him, because we know that we are working for the same goals in our countries. This common understanding makes it possible to say: Let us look at what they did, where they succeeded and what we could learn from each other. Germany from America and America from Germany.

I am very proud to make this speech in a free Berlin without a wall. We have to be and we are very, very grateful to all Americans. They made it possible that today we have the opportunity to speak and live in a free and united Berlin, in a free and united Federal Republic of Germany. Thanks for what you did for our country.

I would also like to thank you, all the people who work for what the Wolfram Engels Preise stands for.

Good luck for the future and thank you very much.



Preisübergabe
Prof. Dr. h.c. mult. Roland Berger

Secretary Thompson,
Ambassador Coats,
Prime Minister Koch,

May I please ask you to come foreword, Secretary?

It is a great honor for me as the president of the jury of the foundation "Stiftung Marktwirtschaft" and the foundation "informedia-Stiftung" to award you the Wolfram Engels Prize for market and individuals. May I read the document to you and to the distinguished audience, and please do not forget the check.

"informedia-Stiftung" and "Stiftung Marktwirtschaft" award the Wolfram Engels Prize to Tommy G. Thompson, Secretary of Health and Human Services, for his initiative while Governor of the State of Wisconsin in modernizing the state welfare system through the innovative concept "Wisconsin Works".



Merlion Quartett







**Dank des Preisträgers
Tommy G. Thompson**

Thank you for your kind introduction. It is such an honor to receive this Wolfram Engels prize from you. I am deeply grateful and profoundly moved. The esteem of our German friends is so very important to me — and to stand in the august company of the previous recipients of this prize is an accolade I never expected.

It is always a tremendous pleasure to visit your great country. And I do not say it is great just because my father was German or because half of all Wisconsinites are of German descent. That helps, though. The friendship, the hospitality and the compassion I have encountered in Germany and her people truly stand out among my travels. It is a wonderful country with wonderful people, and I thank you for allowing me to experience some of that.

Some of those wonderful people are here today. Minister-President Koch, we have known one another for a long time. Your land of Hesse and my state of Wisconsin have enjoyed a close relationship as sister states for many years. You are a friend to America, a friend to Wisconsin, and a tremendous friend to me. Thank you so much for your steadfastness — and especially your devotion to our common ideals of compassion and freedom.

Ambassador Coats, you too are an old friend and it is so very good to see you. Your hospitality is as

always warm and inviting. Dr. Hildmann, Mr. Nimtz, Professor Siegert, Dr. Gerken and Dr. Sommerlad, I deeply appreciate the work you have done in keeping your fellow citizens informed and active in civic life. And of course, thank you and the jury who selected me so very much for this award. Mrs. Marietta Kurm-Engels — to receive an award in memory of your husband is an honor indeed — and it is one that I will always cherish.

I am in debt to these and the other members of the jury — Professor Norbert Berthold, who could not join us because of an illness, and Chairman Professor Roland Berger. I thank you for nominating me to be the first American to receive this prize. Last but not least, I am honored by the presence here tonight of a number of members of the German Bundestag and of some Landtags.

I am told that this award is for my work promoting welfare reform. That is something I am proud of and it is something I have been proud of ever since we helped the people of my home state of Wisconsin shake off government dependency and claim their own future. But make no mistake — I did not do it alone. It is the genius of the American system — and of the German system, and of all democracies — that ideas such as individual liberty, a free market, charity, and self-help are kept strong and current by the spirit of the entire people. I am proud to have done my part in

reforming welfare, and in restoring the concepts of independence, dignity, and hope to government aid in America. But the true accomplishment lies in the American people themselves, who saw fit to live up to the ideals of their founding, and lend their support as we made the changes that re-made welfare. I accept the Wolfram Engels prize in their name.

When I was governor of the great state of Wisconsin, we began in the 1980s to deal head-on with a welfare system that was trapping the very people it was designed to help. I will never forget a woman coming up to me in Milwaukee when I first ran for governor in 1986 and saying, "please do something about welfare. It's killing us." She and her two children were relying on welfare checks to make ends meet. Instead of helping them, welfare was discouraging exactly the kinds of things — employment, job training, better education — that she needed to move out of dependency and into the mainstream of life.

I was determined to do something, and together with some very brave and dedicated people, we acted. I brought welfare mothers to the governor's residence for lunch and asked them what the barriers were to them working and being independent. I found they wanted to work, but no one believed in them. They needed basic help that would allow them to go to work, such as child

care and health care for their children. So together, we created a better way — the Wisconsin Works, or W-2, program. We reformed the system so that it empowered people to begin climbing out of poverty, helping them go to work and take care of their children's needs.

Our reforms worked. The number of people on welfare in Wisconsin fell from about 100,000 families when I first took office to a caseload of about 6,700 people when I left office in 2001. Think about that — we opened the doors to independence and self-sufficiency to over 90% of our citizens on welfare. That level of proven success was one reason that W-2 became a model and an inspiration for America's national welfare reform in 1996.

On the national scale, things have been every bit as dramatic. Since welfare reform began nationwide, the number of Americans on the rolls has decreased by almost 54 percent. Child poverty rates are at their lowest level since 1978, with child poverty rates for African-Americans and female-headed households at their lowest levels ever. And those people are not just off welfare — they are better off. Let me say that again, we have reduced childhood poverty rates every year since welfare reform was implemented, especially among African-American and Hispanic children. Despite the dire predictions of children going

hungry in the streets — and I could name names and prove them all wrong — welfare reform actually decreased, by nearly fifty percent, the number of chronically hungry children in America.

Because of welfare reform, Americans are building better lives, learning career skills, and breaking the cycle of dependency that once trapped generations. And they are creating, instead, a cycle of independence and dignity for themselves and their families. Our goal has never been simply to cut the welfare rolls. We could just end funding and welfare would simply evaporate. But so would the hopes and dreams of millions of people who, for far too long, have lacked the opportunity, training and basic life skills needed to fulfill even modest aspirations. So, we gave new hope to so many people who, for far too long, saw their own American dreams fading into an unreachable distance.

Let me underscore this point: The opponents of welfare reform thought that people on welfare were helpless, that they are powerless and unable to help themselves. But we rejected that notion. We believe in the innate dignity of man and we believe that given a chance to be industrious, self-sufficient and self-respecting, people will seize it. That is why true welfare reform is about empowerment — about helping everyone gain a firm foothold on the solid ground of personal opportunity, professional advancement and a healthy family.

Many years ago, Franklin D. Roosevelt got to the heart of the matter when he described government assistance as "a narcotic, a subtle destroyer of the human spirit". That is more than an eloquent statement — it is dead right. The genius of welfare reform is that it takes what was once a narcotic and turns it into a stepping-stone.

Right now in Washington, we are building upon the success of the 1996 reforms and taking welfare reform to the next level. It is up to us to consolidate the achievements of the past and move forward. It is a tall order — the composer Irving Berlin put it best when he said, "The toughest thing about success is that you have got to keep on being a success." My friends, I am confident that we will. We are going to secure the gains we have made — and move even further in encouraging responsibility and self-sufficiency.

The heart of our program is work—long-term, sustainable and remunerative work. If you want to help someone get out of poverty and dependency, then you must help him or her gain the skills needed to become employable. That is why we have worked with the states to assist them in developing job programs involving everything from basic skills training to employment experience to help move people from a welfare check to a pay-check.

My plan raises the bar by requiring a 40-hour work-week. A full week of work or other constructive activities must be our goal if we are to truly help individuals dependent on welfare to become integrated into the workforce. After all, 40 hours is the standard work week for men and women across America — we should expect no less of our fellow citizens who are moving from welfare to work.

We must and will be compassionate. That is why our plan provides increased flexibility to help individuals meet this societal standard. An individual can spend up to 16 hours of those 40 hours in school, job training, or alcohol and drug treatment. Put simply, that is 3 days of work and 2 days of school. This provides the right balance between requiring work, and helping workers overcome barriers to getting the skills needed to succeed on the job.

Since our states know best what kind of assistance their people need, we are going to provide them with "superwaiver" authority that streamlines many federal work and assistance programs. We believe that local government is best able to know and understand its people — so we are empowering them to use that knowledge.

Finally, we are going to place a renewed emphasis on the importance of the formation and maintenance

of healthy two-parent families. We are encouraging the states to voluntarily study how they can promote healthy families by instituting programs designed to strengthen the family structure. Programs could include pre-marital education and counseling, as well as research and technical assistance into promising approaches for promoting strong families. Providing these kinds of services is plain common sense. We know that children raised with married parents are much better off than those in a household without both a mother and a father. We also want to remove disincentives to marriage under the welfare system so that low-income couples that choose to marry are not penalized. For example, we would eliminate the separate two-parent family work participation rate.

That is a brief sketch of what we are doing. I am glad to share it with you. The first stage of welfare reform was an unprecedented success. Millions of Americans now know the reward of work, and welfare mothers have found their long-lost self-esteem. All this is proof that welfare reform is having a positive impact on children and on our country.

My friends, I know that Germany is now asking itself the same questions that America once did — questions about the role of the state in helping individuals, questions about the relationship be-

tween dependency and aid, questions about the proper balance between compassion and tough love. These are questions that all free societies must ask themselves. I do not claim that America has the answers — perhaps there is no one answer for all nations and all peoples — but I do know that we have gone a long way toward finding our own answers and our own solutions. We are glad to share them with our German friends. Ultimately, Germans will find German answers to German problems but just as Americans drew inspiration from German thought and culture across the centuries, we hope we may offer some ideas and thinking on this subject for the benefit of your great nation.

It is a point of great pride and honor to know that our experience with Wisconsin Works has helped inform Minister-President Koch's visionary reforms of welfare in his state of Hesse. Let me congratulate him and let me congratulate Dr. Hildmann, Professor Siegert, Dr. Gerken and Dr. Sommerlad for the work they do in stimulating public debate amongst their countrymen. The ideals of individual liberty and entrepreneurship that their foundations advance are timeless and universal. They are ideals that Wolfram Engels would have proudly endorsed.

Again, it is an honor to be in your company and to accept the Wolfram Engels prize.
Vielen Dank.







Schlußwort
Dr. Rainer Hildmann

Honoured Secretary Mr. Thompson,
Sehr geehrte Frau Kurm-Engels,
Meine sehr geehrten Damen und Herren,

in diesen Tagen, in denen wir häufig von dem Konflikt zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland hören, ist es für mich eine ganz besondere Freude, auf gemeinsame Ideen unserer Völker Bezug nehmen zu können: Freiheit, Wettbewerb, Selbstbestimmung, aber auch Verantwortung und Solidarität mit den Bedürftigen.

So möchte ich Ihnen, verehrter Secretary Thompson, ganz herzlich dafür danken, daß Sie unsere Auszeichnung und diese Einladung nach Berlin angenommen haben. Ihre Dankesworte haben mir noch einmal eindrücklich bestätigt, wie wichtig es für uns ist, von den amerikanischen Erfahrungen bei der Reform der sozialen Grundsicherung, aber auch in anderen wirtschaftspolitischen Fragen zu profitieren. Vor dem Hintergrund des paternalistischen Verständnisses von Solidarität und Gerechtigkeit, das in Deutschland insbesondere unter Sozialpolitikern herrscht, ist der Impuls, der von Wisconsin ausgeht, von großer Bedeutung für die aktuelle politische Diskussion in unserem Lande.

Sie haben Wolfram Engels nicht persönlich gekannt und kennenlernen dürfen. Aber ich kann Ihnen versichern, daß Sie in einem für Sie beide wichtigen Punkt übereingestimmt hätten: Zentrales Anliegen von Wolfram Engels war immer, daß die Menschen

in eigener Verantwortung ihr Leben gestalten können und nicht entmündigt werden von einem übermächtigen Staat. Gerade weil sich für ihn menschliches Leben nicht in der Orientierung an materiellem Wohlstand erschöpfte, prangerte Wolfram Engels die Absurditäten unseres Wohlfahrtsstaates an, der vor allem der Sozialbürokratie dient und erst in zweiter Linie den Armen. Er hat auf die Gefahr der „Ausbeutung der Sozialversicherung durch die Versicherten“ hingewiesen, die insbesondere auf den Arbeitsmärkten sichtbar wird. Scheinbar zum Wohl der Arbeitslosen wird auf Dauer die Beschäftigungslosigkeit subventioniert, bis das Humankapital völlig verfallen ist, während durch die Belastung der Arbeitseinkommen mit hohen Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung die Arbeitsnachfrage sinkt. Und er hat schon Jahre vor der Wiedervereinigung in der Schrift „Über Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ darauf hingewiesen, daß der bundesdeutsche Wohlfahrtsstaat seine eigenen Ziele verfehlen muß, daß er den Wohlstand mindert, statt ihn zu mehrern, und daß er letztlich die Demokratie bedroht.

Im Unterschied zu vielen anderen Wissenschaftlern hat sich Wolfram Engels nicht auf die wissenschaftliche Diskussion beschränkt. Immer wieder hat er als Kolumnist mit einfach verständlichen Beispielen auf Mißstände aufmerksam gemacht. So hat er es verstanden, Menschen für liberale Ideale zu begeistern. Ein Leitmotiv war dabei die Frage, warum wir etwas auf kollektiver Ebene tun sollten, das wir indi-

viduell für falsch halten würden. 1985 beschrieb er in seiner Kolumne in der Wirtschaftswoche eine Karikatur mit dem Titel „Der Wohlfahrtsstaat“, und er hatte diese Karikatur in einer amerikanischen Zeitung gefunden. Sie trifft so gut auf unsere heutige Situation, daß ich Wolfram Engels' Beschreibung hier zitiere:

„Zwei Männer verfüttern Hafer an ein Pferd. In den Roßäpfeln hinter dem Pferd picken die Sperlinge. Die beiden Männer sind als ‚Steuerzahler‘ kenntlich gemacht. Das Pferd trägt die Aufschrift ‚Bürokratie‘, und die Sperlinge heißen ‚die Armen‘. Fragt der eine Mann den anderen: ‚Warum verfüttern wir den Hafer nicht gleich an die Sperlinge?‘ Antwortet der zweite: ‚Das Pferd ist dagegen‘.“

Sie sehen, die Idee der Jury, bei der Frage, wie ein liberaler Sozialstaat zu organisieren sei, Anregungen aus den Vereinigten Staaten aufzuzeigen und aufzugreifen, geht auf Wolfram Engels selbst zurück. Schon 1985 ging es um die Frage, wie den bedürftigen Menschen geholfen werden kann. Auch heute noch können wir aus der Kolumne von damals lernen: Man wird den Benachteiligten in unserer Gesellschaft dann am besten gerecht, wenn man gegen die Empfehlungen ihrer angeblichen Fürsprecher gewerkschaftlicher und staatlicher Bürokratie handelt.

Sie haben, Secretary Thompson, in Wisconsin das Ideal, den Armen konkret zu helfen, aus der

Arbeitslosigkeit herauszukommen, Wirklichkeit werden lassen. Hilfe für Bedürftige sollte nicht mit Entmündigung einhergehen. Arme sollten nicht Bittsteller werden, sondern unterstützt von der Gesellschaft ihr Schicksal weiter in die eigene Hand nehmen. Ich hoffe, daß uns solches auch in Deutschland gelingt und die politische Blockade nicht ein weiteres Mal sinnvolle Reformen verhindert.

Mit der Vergabe des Wolfram-Engels-Preises verbinden die Stiftung Marktwirtschaft und die informedia-Stiftung die Erwartung, daß auf diese Weise die Ideale von Wolfram Engels lebendig bleiben und die von ihm gestellten kritischen Fragen uns weiter voranbringen. Der heutige Abend bestätigt für mich diese Erwartung hinsichtlich dieser Feststellung. Sein Einsatz für eine Gesellschaft, die im Sinne des klassischen Liberalismus die Bezeichnung „liberal“ verdient, ist heute abend erneut Ansporn für uns geworden. Es bleibt die Hoffnung, daß das Engagement von Wolfram Engels und Tommy Thompson auch wenige hundert Meter von hier, in Bundestag und Bundesrat, Nachahmer finden möge.

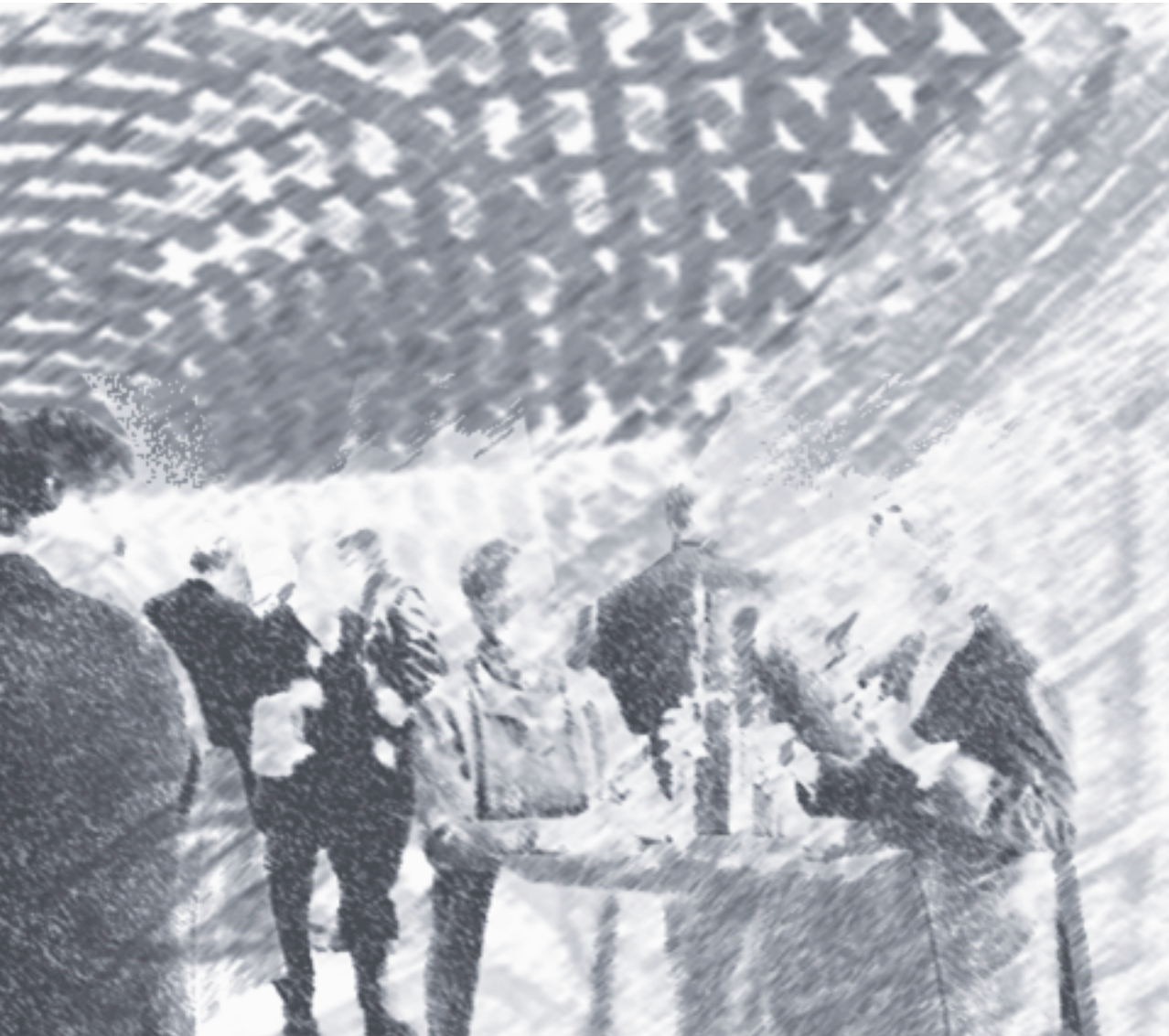
Sie alle sind nun sehr herzlich eingeladen, als unsere Gäste noch eine Weile im Gespräch zusammenzubleiben und die heute aufgenommenen Ideen weiterzudenken. Das Merlion-Quartett wird uns mit einem Medley „Das ist die Berliner Luft“ auf den anschließenden Empfang einstimmen.

Recht herzlichen Dank.



Impressionen









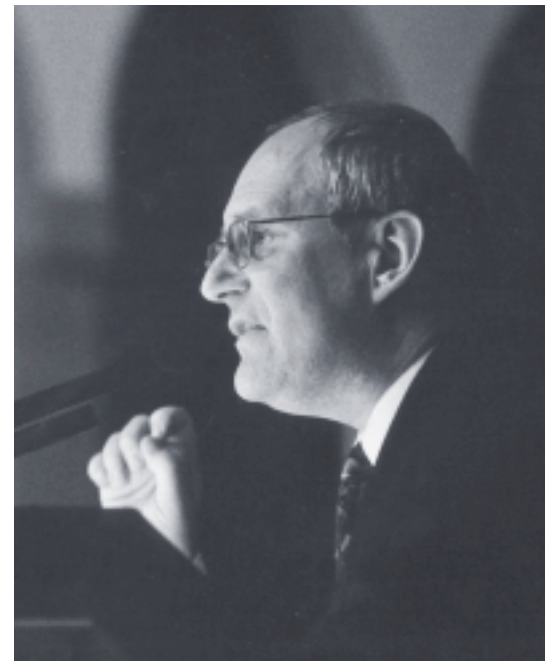




Die Preisträger 1998



Rüdiger Soltwedel



Gunnar Uldall

Die Preisträger 1999



Philipp Schuller



Peer Ederer

Der Preisträger 2000



Mario Monti

